

Verhaftungen bei ASEAN-Außenministerkonferenz

Neun Malaysier, überwiegend von malaysischen Nichtregierungsorganisationen, wurden wegen des Versuchs der Übergabe eines Memorandums zu Burma an die Teilnehmer der ASEAN-Außenministerkonferenz in Kuala Lumpur am 31.5. verhaftet. Die Gruppe entfernte sich gerade auf Anordnung der Polizei vom Konferenzort, als sie ohne weitere Erklärungen in einen Polizeibus gesteckt wurde.

Das Memorandum war von der Burma Solidaritätsgruppe Malaysia unterschrieben und betonte die Besorgnis über die unmittelbar anstehende Aufnahme Burmas in die ASEAN, insbesondere wegen der Weigerung der Junta in Burma, den Rechtsstaat aufrechtzuerhalten, und ihrer Verwicklung in die drastisch ansteigende Heroinproduktion. "Wir unterstützen mit Nachdruck die Forderung der NLD Führerin Aung San Suu Kyi, daß ASEAN mit ihrer Partei zusammenarbeiten sollte, die bei den

letzten Parlamentswahlen 82% erhalten hatte. Mit einer Junta zu verhandeln, die von der überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung Burmas abgelehnt wird und eine rechtmäßig gewählte Regierung isoliert, ist eine ungerechtfertigte Einmischung in die inneren Angelegenheiten jenes Landes. Die Bevölkerung Burmas hat sich entschieden und wir bitten mit allem Respekt die ASEAN, nicht ihre Wahl durch die Aufpöpelung eines brutalen und verantwortungslosen Regimes zu mißachten."

Die Verhafteten hatten auch versucht, eine Niederschrift von Aung San Suu Kyis Videobotschaft und die Burmaresolution 160 Sitzung des Interparlamentarischen Rates an die ASEAN zu überreichen. In der Presseerklärung einer Oppositionspartei wurde der gute Ruf ASEANs und sein internationales Ansehen in Frage gestellt, wenn die ASEAN-Regierungen ausdrücklich oder stillschweigend das kürzliche Vorgehen gegen demokratische Aktivisten dulden."

Vgl. Presseerklärung DAP Nr. 24/5 und von SUARAM v. 31.5.97

Anti-Bakun Kampagne

Vertreter des Aktionsbündnisses gegen den Bau des Bakun Wasserkraftwerkes, eines 10 Mrd. DM Projekts in Sarawak, haben sich mit Vertretern des wichtigsten Ausführungsunternehmens, ABB (Asea Brown Boveri), getroffen und sie nach ihren umwelt- und sozialpolitischen Vorstellungen in Bezug auf das Projekt befragt. In einer Presseerklärung betonte das Aktionsbündnis, daß die Antworten von ABB völlig unbefriedigend seien; es gab keinerlei Zusagen zu einer Planungsbeteiligung, die Firma hat keine unabhängigen Gutachten zu Umwelt- und sozialen Fragen eingeholt und sie war nicht in der Lage, Einzelheiten über ihre Umweltschutzmaßnahmen zu nennen. Bisher hatte sich ABB geweigert, auf die Forderung nach einem Treffen mit einheimischen Gemeinden, die von dem Projekt betroffen sind, zu reagieren.

In Kuala Lumpur scheint der Gang der *Bakun Hydroelectric Corporation* (BHC) zur Börse ohne Anteile für ausländische Investoren stattzufinden. Ur-

sprünglich sollte das Projekt vollständig privatisiert werden; nun müssen die malaysische Bundesregierung und die Staatsregierung von Sarawak fast die Hälfte der im Umlauf befindlichen Papiere übernehmen. Hinzu kommt, daß die malaysische Regierung, nach den unbefriedigenden Reaktionen möglicher Finanziers, eine Bürgschaft über M\$ 500.000 zur Absicherung der Schlüsselfirma des Projektes, Ekran, ausstellen mußte. Ekrans Chef, Ting Pek Khiing, hat einen Journalisten auf Schadenersatz verklagt, weil dieser die finanzielle und geologische Sicherheit des Projektes bezweifelte.

Gegen die Aufhebung des Gerichtsurteils vom Juni 1996, welches die Rechte der indigenen Bevölkerung nach Information und Beteiligung an einer Umweltverträglichkeitsstudie hervorhob, wurde inzwischen Berufung eingelegt. Die erste Gruppe von 9.500 Einheimischen soll bereits in diesem Sommer zur Umsiedlung gezwungen werden.

vgl. Coalition Press Release 28.5.; Financial Times 16.4.; NST 15.6.97

Änderungen des ISA

Malaysische Menschenrechtsorganisationen haben die Änderungsvorschläge der Regierung für das Gesetz zur Inneren Sicherheit (*Internal Security Act - ISA*) als Phrase kritisiert. Die Änderungen stellen nicht die willkürlichen Inhaftierungen grundsätzlich in Frage, sondern behandeln lediglich die Dauer der Inhaftierung und bezwecken dabei eine größere Flexibilität.

In einer Presseerklärung erklärte die Menschenrechtsorganisation SUARAM, daß die Überarbeitung des ISA das Grundsatzproblem, daß "Menschen nicht einmal einen Tag inhaftiert werden sollten, wenn sie nicht von einem Gericht für schuldig befunden wurden", nicht behandelt. Etwa 50 Organisationen in Malaysia haben bereits vor einigen Jahren eine Malaysische Menschenrechts-Charta unterschrieben, die eine Abschaffung des ISA fordert. Sie gehen davon aus, daß eine Inhaftierung ohne ordentliches Gerichtsverfahren eine Verletzung verfassungsmäßiger Rechte malaysischer Bürger bedeutet.

vgl. Presseerklärung von SUARAM v. 30.5.97

Oppositionspolitiker wegen Volksverhetzung verurteilt

Am 28.4. sprach ein Gericht ein führendes Mitglied der oppositionellen *Democratic Action Party* (DAP), Lim Guan Eng, der Volksverhetzung und falscher Berichterstattung (*false publication*) für schuldig, womit er für 5 Jahre sein passives Wahlrecht und damit seinen Sitz im Bundesparlament verlor. Angelehnt an Regelungen wie etwa in Singapur, reicht die Geldstrafe von M\$ 15.000 allein aus, um ihn zu disqualifizieren, es sei denn er hat Erfolg bei seiner Berufung.

Die Anklage belegt ihren Vorwurf mit der Verbreitung eines Dokumentes durch Lim, welches die angebliche Verwicklung des ehemaligen Ministerpräsidenten von Malakka, Rahim Thamby, in eine Vergewaltigung behandelte. Dieser Fall führte dazu, daß Rahim von all seinen Parteiämtern in UMNO Baru zurücktrat. Lim verteidigte sich damit, daß seine Aussagen sich in keiner Weise von anderen unterschieden, die zu der Zeit in der Öffentlichkeit

und insbesondere in den malaisisch-sprachigen Tageszeitungen zirkulierten, und im Rahmen seiner normalen Pflichten als Politiker gemacht wurden. Kritik an der Regierung wegen Doppelzüngigkeit wurde angesichts dieses Verfahrens laut.

Eine ähnliche Anklage wegen falscher Berichterstattung wurde gegen Irene Fernandez und der Organisation Tenaganita erhoben, weil sie über die Bedingungen in Abschiebe-Internierungslagern für Arbeitsmigranten geschrieben hatten (Vgl. SOAI 2/96 S. 43f). Das Gerichtsverfahren ist in diesem Fall noch nicht abgeschlossen.

Vgl. Presseerklärung der DAP v. 28.4.

Malaiischer Wirtschaftsboß tödlich verunglückt

Am 4. März verunglückte der malaisische Wirtschaftsboß Yahya Ahmad bei einem Hubschrauberabsturz tödlich. Sein Tod führte zu zahlreichen Spekulationen über die Zukunft der Firmen, die er kontrollierte. Er war Hauptanteilhaber an *DRB-Hicom*, welche unter anderem die

Proton Autos herstellen und ein wichtiger Akteur in der Auto- und Fahrzeugindustrie sowie im Bankwesen. Seine neun Firmen haben zusammen ein Grundkapital von US\$ 12 Mrd. Saleh Sulong, ein Weggefährte Yahyas, hat die Führung übernommen, aber viele halten ein Auseinanderbrechen des großen Wirtschaftsimperiums für möglich.

Vgl. FEER 13.3.97

Nationalbank-Bericht 1996

Nach dem Jahresbericht der Nationalbank, *Bank Negara*, wuchs das Bruttoinlandsprodukt, BIP, um bescheidene 8,2% 1996 im Vergleich zu 9,5% 1995. Die Inflationsrate betrug danach 3,5% (3,4% im Vorjahr) und die Neuverschuldung war mit M\$ 13 Mrd. auf 5,5% des BIP (9% im Vorjahr) gesunken. Strenge Geldkontrolle und Kontrolle der Finanzgeschäfte werden in diesem Jahr anhalten.

vgl. Bank Negara Annual Report 1996

Ministerpräsident Selangors tritt zurück

Vier Monate nach seiner Verhaftung mit über US\$ 900.000 in verschiedenen Währungen im Koffer (Vgl. SOAI 1/97 S. 39) am Flughafen von Brisbane, Australien, ist der Ministerpräsident des Bundesstaates Selangor, Muhammad Muhammad Taib, zurückgetreten. Sein Schritt erfolgte nach einer Sitzung des Bundeskabinetts am 12. April, auf der die "Geld-Politik" behandelt wurde.

Taibs Position wurde zunehmend unhaltbar; er ist der höchstrangige UMNO Baru Politiker, der seit über 10 Jahren seinen Rücktritt erklärt hat. Abu Hassan Omar gab seinen Posten als Bundesminister für Verbraucherangelegenheiten (Domestic and Consumer Affairs) auf, um seine Nachfolge anzutreten.

Die Kritik an der "Geld-Politik" von Premierminister Mahathir auf dem UMNO Baru Parteitag im letzten Jahr hat auch zu Nachforschungen bei mehreren Abgeordneten der Landesparlamente sowie zu Entlassungen höherer Beamter durch die Ministerpräsidenten der Bundesstaaten geführt. Ebenso wird die Untersuchung der US\$ 3,2 Mrd. Verluste bei der Firma *Perwaja Steel* durch die Anti-Korruptions-Behörde weitergeführt.

vgl. FEER 24.4., 15.5.97

Soziale Übel

Ein hochkarätiger Kabinettsausschuß zum Thema "Soziale Übel" wurde eingerichtet, um die Probleme zu behandeln, die Premierminister Mahathir und seine Kollegen ernste Sorgen bereiten. Drogenmißbrauch, Promiskuität, Müßiggang und Entfremdung unter den Jugendlichen sind besonders beunruhigend. Die Ministerien wurden aufgefordert, Aktionspläne zur sofortigen Umsetzung vorzubereiten. Eine Reihe von Konferenzen sind durchgeführt worden, um die Gründe zu diskutieren. Sie reichen von Selbstverschulden der Jugend über das Elternhaus zu Karaoke-Bars und anderen Nachtaktivitäten bis zu einer Sozialisierung, die den Materialismus auf Kosten von humanen und gemeinschaftlichen Werten betont.

Vgl. Star 6.4.97

Studentendemonstration verurteilt

Die Beteiligung von etwa 1.000 malaiischen Studenten an einer Demonstration gegen die Teilnahme einer israelischen Cricket-Mannschaft an einem internationalem Wettkampf in Kuala Lumpur wurde von den malaysischen Behörden aufs schärfste verurteilt. Den Studenten wurde Suspendierung oder Ausschuß aus ihren Lehranstalten angedroht. Die Regierung ist offensichtlich beunruhigt und will jegliche Studentenaktivitäten verhindern, die seit 1974 durch ein strenges Gesetz (Universities and University Colleges Act) kontrolliert werden.

Vgl. NST 6.4.97

Landentwicklung und Politiker

Der Schatzmeister von UMNO Baru und führende malaiische Wirtschaftsexperte, Daim Zainuddin, ist zusammen mit dem ehemaligen Stellvertretenden Premierminister, Ghafar Baba, zu jeweils 23% bzw. 20% an dem riesigen US\$ 3,3 Mrd. teuren *Super-Vision City* Projekt beteiligt. Beobachter sind sich unsicher, welche Auswirkungen dieses Projekt auf das bereits vorhandene Überangebot an Büroflächen haben wird, insbesondere angesichts der Entwicklung des neuen Regierung- und Verwaltungszentrums Putrajaya.

vgl. FEER 3.4.97

Malaysia importiert Zinn

Malaysia ist nun Netto-Importeur von Zinn. Der noch vor einem Jahrzehnt größter Zinn-Produzent der Welt, produzierte im letzten Jahr nur noch 5.176 Tonnen, während 6.142 Tonnen im selben Zeitraum verarbeitet wurden.

vgl. Star 28.3.97

Versicherung für Arbeitsmigranten

Die Entscheidung des Arbeitsministers (Minister of Human Resources), Lim Ah Lek, der Versicherungsgesellschaft *London & Pacific* ein exklusives Versicherungsgeschäft zuzuweisen, hat im Kabinettskreisen zu einiger Unruhe geführt. Lim hat im letzten Jahr eine Versicherungspflicht für alle Arbeitsmigranten durch den Arbeitgeber angekündigt. Er wurde aber dafür kritisiert, daß er *LonPac* ohne vorherige Ausschreibung ausgewählt hatte. *LonPac* verlangt eine Prämie von M\$ 120 pro Person, verbunden allerdings mit einigen Extras wie Versicherung rund um die Uhr, Rückführung und schneller Bearbeitung, während die *Malaysian National Insurance* angeblich für nur M\$ 72 die gesetzlich vorgeschriebene Deckung angeboten hatte. Der stellv. Premierminister, Anwar Ibrahim, schlug vor, die Zulassung auf drei weitere Versicherungsgesellschaften auszuweiten. Das Geschäft hat einen Gesamtwert von etwa US\$ 48 Mio.

Vgl. FEER 30.3.97 S. 47

Spannungen mit Singapur

Zu ernsthaften diplomatischen Spannungen ist es gekommen, weil Singapurs ehemaliger Premierminister und "Senior" Minister, Lee Kuan Yew, und sein Sohn, Lee Hsien Loong (ebenfalls Minister) in einem Gerichtsverfahren behauptet hatten, daß Johore, der südliche, direkt an Singapur angrenzende Bundesstaat Malaysias, "bekannt für Schießereien, Raubüberfälle und Autodiebstähle" sei. Es handelte sich dabei um eines von mehreren Verfahren gegen den Oppositionspolitiker und Rechtsanwalt Tang Liang Hong, in denen die Regierung Singapurs und Mitglieder der Regierungspartei PAP auf Verurteilung wegen Beleidigung und Schadenersatz klagen. Er war nach Johore geflüchtet, um seine Sicherheit zu gewährleisten (vgl. Singapur-Teil in diesem Heft S. 29).

Diese bekannt gewordenen Aussagen stießen auf scharfe Kritik der Jugendorganisation der Regierungspartei UMNO und anderen Politikern. Sie zwang Lee, seine Aussagen eine Woche später zurückzunehmen und sich dafür zu entschuldigen. Die Auseinandersetzung deutet die immer noch vorhandenen Spannungen zwischen den beiden Ländern an, die seit der Trennung Singapurs von der Föderation Malaysia 1965 bestehen. Sie stehen auch im Zusammenhang mit der Unzufriedenheit der Bevölkerung Johore Bahrus, die von täglich 25.000 Tagesgästen aus Singapur überrollt werden. Singapur ist der größte ausländische Investor im Bundesstaat Johore und der Kauf von Land und Spekulationen bedeuteten höhere Preise, höhere Inflationsraten sowie höhere soziale Kosten für die einheimische Bevölkerung.

Eine Demonstration von drei malaysischen Organisationen vor der Botschaft Singapurs in Kuala Lumpur versuchte die Aufmerksamkeit auf das eigentliche Problem zu lenken. Als solches wird die zwanghafte Verfolgung von Oppositionspolitikern durch die Regierung Singapurs beschrieben.

vgl. FEER 27.3.97 S. 16f



Die Regierung führt einen moralischen Kreuzzug gegen Karaoke und Videospiel.

aus: AW v. 31.1.1997, S. 21